

Kein Despot kann Sonne oder Wind einfach abschalten

Sicherheitsexperten plädieren für Ausbau erneuerbarer Energien – auch in der Bundeswehr

Dass Energiepolitik eine zentrale Frage von Sicherheitspolitik ist, wird seit Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine als Kernthema in der Zeitenwende-Politik debattiert. Doch welche Rolle spielen erneuerbare Energien in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Zukunft? Welche alten Fehler gilt es zu vermeiden, welche neuen Chancen zu nutzen? Darüber haben führende Sicherheitsexperten ein gemeinsames Impulspapier vorgelegt.

Kaum etwas zeigte den Zusammenhang zwischen Energiemanagement und Sicherheit so früh wie die Bilder liegende russischer Panzer, die ukrainische Bürger nur zwei Tage nach Beginn der russischen Invasion in den sozialen Medien veröffentlichten: „Kein Treibstoff mehr“, hört man die russischen Soldaten sagen. Die Szene aus den ersten Tagen des Krieges lässt sich als Metapher für die Debatte rund um die Neukartierung der Energiepolitik lesen, die seither die deutsche und europäische Politik bestimmt. Russlands Angriffskrieg hat die Schwachstellen – und die daraus folgenden Erpressungspotenziale – einer einseitig versorgungsabhängigen fossilen Energiewirtschaft deutlich gemacht.

Kriegsende nicht in Sicht

Unklarer ist jedoch der Weg nach vorn. Zwar ist es Deutschland und Europa gelungen, die zunächst befürchtete Mangelsituation für den Winter zu verhindern, doch wird die energiepolitische Landkarte derzeit neu geordnet – und das unter massiv verschobenen geopolitischen und geoökonomischen Bedingungen. Russland hat sich dem Westen gegenüber ins Aus manövriert, doch ein Ende des Krieges ist nicht in Sicht. Im Gegenteil: Russlands Präsident Wladimir Putin hat mit der formalen Annexion der besetzten ostukrainischen Gebiete den Konflikt weiter eskaliert. Eine Wiederaufgabe der annektierten Regionen wäre aus russischer Sicht nun eine Preisgabe russischen Territoriums und für Putin eine kaum hinnehmbare Blamage. Der von China am Jahrestag der Invasion vorgelegte Zwölfpunkteplan zur Beendigung des Krieges wiederum kann für die Ukraine nicht akzeptabel sein, denn er sieht weder einen russischen Rückzug vor, noch zieht er Russland für seine Aggression zur Verantwortung.

Umbrüche in Geopolitik und -ökonomie

Gleichzeitig verschieben sich globale Machtverhältnisse: Russlands zunehmende Abhängigkeit von China hat Folgen für das strategische Dreieck zwischen Russland, China und dem Westen. Moskau könnte sich zunehmend in einer Vasallenrolle gegenüber China finden. Auch andere Länder insbesondere im Nahen Osten orientieren sich verstärkt in Richtung China. Und China selbst ist unter Staats- und Parteichef Xi Jinping mit anderen geopolitischen Ambitionen unterwegs: Während es sich noch vor wenigen Jahren in Richtung einer westlichen Marktwirtschaft zu entwickeln schien, verfolgt China heute eine expansive Ausweitung seines geopolitischen Einflusses: Der Systemwettbewerb zwischen China und dem Westen war ein großes Rahmenthema der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz.

Energiepolitik in der Neukartierung

Quo vadis also für Deutschland und Europa? In einem gemeinsamen Impulspapier haben drei führende Sicherheitsexpertinnen und -experten Leitplanken ausgearbeitet, denen die Bundesrepublik Deutschland in der Neukartierung ihrer Energiepolitik folgen sollte. Eine systematische Steigerung strategischer Energiesouveränität und ein schnellerer, verstärkter Ausbau erneuerbarer Energien sind die zentralen Forderungen von Prof. Dr. Stefan Bayer, Leiter Forschung und Mitglied des erweiterten Vorstands des German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS), Dr. Jana Puglierin, Head of ECFR Berlin und Senior Policy Fellow des European Council on Foreign Relations (ECFR), und Dr. Guntram Wolff, Direktor und CEO der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP).

Veröffentlicht wurde das Impulspapier von der Initiative „Klimaneutrales Deutschland“, die als gemeinnützige Organisation über den Austausch zu klima- und energiepolitischen Themen einen Beitrag zur von Deutschland beschlossenen Klimaneutralität bis 2045 leisten will.

Neues Leitziel: Strategische Energiesouveränität

Künftiger Leitstern der Energiepolitik sollte das strategische Ziel größtmöglicher Energiesouveränität sein, verlangen die Experten. Während

bis zum russischen Überfall auf die Ukraine vor allem ökonomische Kriterien und vertragliche Verbindungen die Energiepolitik geleitet hätten, sei künftig eine stete Zusammenschau von politischen, wirtschaftlichen und Sicherheitsinteressen erforderlich. „Energieabhängigkeit ist ein sicherheitspolitisches Risiko. Energiesouveränität sollte ökonomisches und sicherheitspolitisches Leitziel sein“, so Guntram Wolff. Risiken, mögliche Folgen und Langfristperspektiven müssten dafür stets proaktiv abgeschätzt werden.

Weniger Risiken bei erneuerbaren Energien

Erneuerbare Energien sind dabei der Weg nach vorn: Zu diesem Ergebnis kommen die Experten und plädieren für einen möglichst raschen Ausbau. Weil erneuerbare Energiequellen weder geografisch begrenzt noch willkürlich terminierbar seien, ließen sich sicherheitspolitische Risiken bei erneuerbaren Energien leichter managen als bei fossilen. „Kein Despot kann Sonne oder Wind einfach abschalten“, so Jana Puglierin.

Die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges könnten somit die Energiewende beschleunigen, die aus klimapolitischen Gründen längst in vollem Gang ist, aber angesichts weiter steigender Treibhausgasemissionen täglich dringender wird. Die Europäische Union hat sich mit ihrem Green Deal 2021 dazu verpflichtet, fossile Brennstoffe innerhalb der nächsten 30 Jahre fast vollständig aufzugeben. Deutschland hat eine Minderung der CO₂-Emissionen bis 2030 auf 65 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 gesetzlich festgelegt.

Weniger Kosten durch Diversifizierung

Eine Konvergenz von sicherheits-, energie- und klimapolitischen Interessen? Was noch vor Jahren als kaum denkbare Allianz erschien, wird durch das Impulspapier der drei Experten bestärkt. Auch wirtschaftlich versprechen erneuerbare Energien letztlich Vorteile, sagt Guntram Wolff: „Sicherheitspolitisch und ökonomisch bringt die Diversifizierung mittelfristig mehr Versorgungssicherheit und damit auch geringere risikoangepasste Kosten, auch wenn sie zunächst eine Verteuerung der Energiewende bedeutet.“

China: Supermacht bei alten und neuen Energien

Ohne Warnung geht es jedoch nicht. Die Experten weisen ausdrücklich darauf hin, dass China nicht nur die Supermacht der alten Energiewelt, sondern auch der neuen ist. China investiere mehr als alle anderen Länder der Welt in erneuerbare Energien. 2021 war es für 46 Prozent des Kapazitätsausbaus bei erneuerbaren Energien verantwortlich. Ob es um Solarmodule, Windturbinen und E-Mobilität oder um kritische Mineralien, Komponenten und Know-how geht, China habe in Produktion und Installation die Nase vorn, so die Autoren. Bestes Beispiel sei die Produktion von Polysilizium, ohne das derzeit keine Solarmodule gefertigt werden können. Chinas Anteil wird hier laut Einschätzung der drei Experten auf mehr als 90 Prozent steigen. Deutschland und Europa müssten auch bei erneuerbaren Energien eine auf Vorausschau und Risikobegrenzung angelegte, sicherheitspolitisch getriebene Energiepolitik durchsetzen. Dies gelte erst recht angesichts der geopolitischen Ambitionen Chinas.

Handlungsansätze für Energiesouveränität

Bayer, Puglierin und Wolff schlagen einen Katalog von strategischen Lösungsansätzen vor, um das Risiko einer neuen Superabhängigkeit – diesmal von China – einzuhegen. Auch hier setzen sie beim Primat der Energiesouveränität an: Strategische Partnerschaften, eine nachhaltige Beschaffung und ein klarer Fokus auf resiliente Wertschöpfungsketten seien das A und O sicherheitspolitisch verantwortbarer Energiepolitik in Zukunft, argumentieren sie.

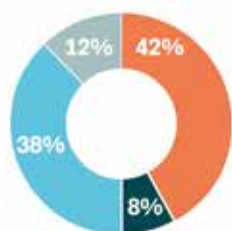
Sie fordern vor allem eine größtmögliche Diversifizierung. Der Staat sollte eine solche Politik der Diversifizierung fördern und fördern, um die Energietransformation durch mehr Sicherheit resilienter und kosteneffizienter zu machen. Die Gefahr von Abhängigkeiten bei primären kritischen Rohstoffen könnte durch eine höhere Nachhaltigkeit der Produkte, die zirkuläre Nutzung von Ressourcen und die Stärkung von Innovationen begrenzt werden.

LNG: Keine wirkliche Alternative

Die Initiative „Klimaneutrales Deutschland“, die das Impulspapier mit einer Roundtable-Konferenz

Globale Aufteilung grüner Lieferketten

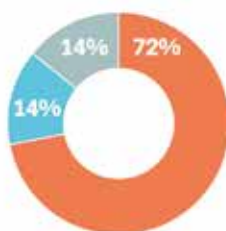
● China ● USA ● EU ● Andere



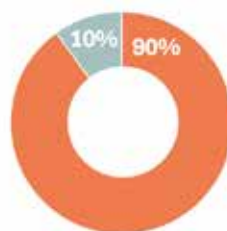
Elektrolyseure
Wasserstoff



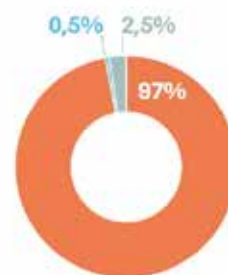
Maschinenhaus
Windkraftanlage



Kobalt
Rohstoff



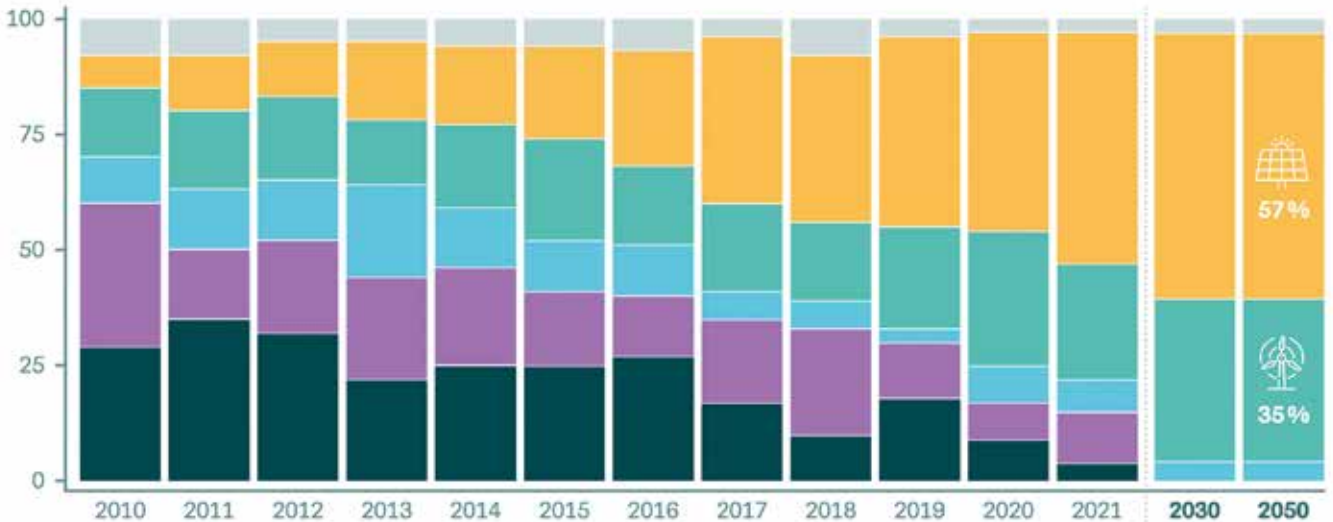
Anoden
Batterien



Wafer & Ingot
Photovoltaik

WELTWEITER KAPAZITÄTSAUSBAU NACH TECHNOLOGIE

● Kohle ● Gas ● Wasserkraft ● Wind ● Solar ● Andere



© BloombergNEF, IEA, IRENA/Visualisierung: IKND

von Sicherheitsexperten begleitet hat, warnt in einer separaten Publikation davor, in der „post-russischen“ Energiepolitik zu sehr auf verflüssigtes Erdgas (LNG) zu setzen. Auch hier dominierten wenige Anbieter den Großmarkt. Die seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine erheblichen Investitionen der Bundesregierung im LNG-Bereich fokussierten sich wesentlich auf zwei Lieferanten, die USA und Katar. Deutschland laufe Gefahr, sich im Falle von Katar erneut an einen autoritären Staat und im Falle der USA an eine Gasgroßmacht zu binden, deren eigene Energiepolitik schon nach der nächsten Präsidentschaftswahl unter anderen Vorzeichen stehen könne.

Bundeswehr der Zukunft: Mit erneuerbaren Energien

Bayer, Puglierin und Wolff ziehen in ihrem Impulspapier auch die Streitkräfte in ihr Konzept strategischer Energiesouveränität ein. Die Bundeswehr, so die Experten, biete dafür einen nationalen Handlungsrahmen. Als Nachfrager von Energie – und relevanter Emittent von Treibhausgasen – könne die Bundeswehr zu mehr Energiesouveränität und damit mittelbar auch zur Erreichung der Pariser Klimaziele beitragen.

Nicht nur das: „Der Einsatz erneuerbarer Energien könnte die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr teilweise verbessern“, so Stefan Bayer. In einer strategischen Vorausschau fächern die Autoren dies gleich mehrfach auf. Ein Green Defense-Ansatz könnte zum Beispiel eine dezentrale Energieerzeugung an militärischen Standorten im In- und Ausland ermöglichen. Dies würde logistische Anforderungen reduzieren und das Tooth-to-Tail-Ratio zwischen kämpfenden und unterstützenden Truppen zugunsten der kämpfenden Einheiten verschieben. Zugleich würden weniger Versorgungskonvois der Gefahr von Angriffen ausgesetzt. Zwischen 2003 und 2007 habe die USA 3.000 in solchen Situationen verwundete und getötete Armeeangehörige und ziviles Personal verzeichnet.

Streitkräfte als (Mit-)Gestalter der Energiewende

Die Bundeswehr sollte an der Transformation des Energiemarktes teilnehmen, so die Experten. Vor allem die Einsatzkriterien für die Waffensysteme der Zukunft seien hierbei zu prüfen. Die „Single Fuel Policy“ der NATO stünde einer Diversifizierung nicht im Weg. Besonders empfehlenswert sei eine aktive Mitgestaltung in der weiteren Entwicklung des Wasserstoffmarktes. Eine Chance stelle auch die Nutzung von Wasserstoff auf militärischen Liegenschaften dar, wie etwa beim „Defence RESilience Hub Network in Europe“ (RESHUB) der Europäischen Verteidigungsagentur EDA.

Deutlich weisen die Experten auf die Verflechtung der Bundeswehr mit ziviler Energieinfrastruktur hin. Streitkräfte könnten schon deshalb den sich wandelnden Energiemarkt nicht ignorieren. Angesichts der langen Beschaffungs- und Nutzungsdauer militärischer Systeme müssten alternative Antriebssysteme frühzeitig berücksichtigt werden. Energiepolitische Verwundbarkeit ist auch militärische Verwundbarkeit, so die Autoren. Sie warnen, dass fossil betriebene militärische Systeme sonst möglicherweise zu verlorenen Investitionen, Stranded Assets, werden könnten. In der Bundeswehr der Zukunft sollten die Panzer nicht liegen bleiben.

Mehr zum Thema:

